

Bezirksregierung Arnsberg
Dezernat 201.4

Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Antrags-ID: (wird von foerderung.nrw generiert)
Antrag auf Gewährung einer Zuwendung¹

Betreff:	Antrag auf Gewährung einer Landeszuwendung für die Soziale Beratung von Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen (wird von foerderung.nrw befüllt)
Bezug:	Bezeichnung der Maßnahme / des Vorhabens (wird von foerderung.nrw befüllt)

Antragsteller:in

[Infobutton: Antragsteller:in bezeichnet den / die für den Inhalt des Förderantrags, die Projektabwicklung und die Aufstellung des Verwendungsnachweises verantwortliche Institution. Anzugeben ist also die Institution, die für die Umsetzung des Förderverfahrens rechtlich verantwortlich ist. Bei juristischen Personen ist diese hier zu benennen und nicht eine natürliche Person, die diese vertritt oder den Antrag stellt. Angaben hierzu sind in den folgenden Abschnitten möglich.]

Im Onlineformular: Rechtsform der Antragsteller:in:

- Juristische Person des öffentlichen Rechts [Infobutton: z.B. Körperschaften, Anstalten]
- Juristische Person des privaten Rechts [Infobutton: z.B. eingetragene Vereine (e.V.), Aktiengesellschaften (AG), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und eingetragene Genossenschaften]
- Personengesellschaft [Infobutton: z.B. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG)]

Auswahl erscheint unter „Name / Bezeichnung“ im pdf Antragsformular

Name / Bezeichnung		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Land	
Postfach:	Postfach/PLZ/Ort	
E-Mail-Adresse:	DE-Mail	E-Mail-Adresse
Handelsregister- und Steuernummer: (soweit vorhanden)	HR / VR – Nummer	USt-IdNr.

¹ Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Zuwendung

	Telefon	Fax
Website:		
Bankverbindung:	IBAN	BIC
	Bezeichnung des Kreditinstitutes:	
	Kontoinhaber:in	

Vertretungsberechtigte Person:		
Name / Bezeichnung:		
Funktion / Vertretungsart:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort	
E-Mail-Adresse:	DE-Mail	E-Mail-Adresse
	Telefon	Fax

Auskunft erteilt:		
Name / Bezeichnung:	Anrede Titel / Vorname Nachname	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort	
	Telefon	E-Mail-Adresse
	Fax	
Weitere Ansprechpartner:innen:	Freitextfeld <i>[Infobutton: Bitte geben Sie hier weitere Ansprechpartner:innen mit Namen und allen oben genannten Kontaktdaten an.]</i>	

Angaben zur Maßnahme		
Angesprochenes Programm	Pflichtfeld / Auswahlfeld	
Angesprochener Zuwendungsbereich	Hierbei handelt es sich um ein Auswahlfeld	
Bezeichnung der Maßnahme / des Vorhabens:	Pflichtfeld / Freitextfeld	
Durchführungszeitraum von:	Pflichtfeld	
Durchführungszeitraum bis:	Pflichtfeld	
(Haupt-)Durchführungsort (PLZ):	Pflichtfeld	

(Haupt-)Durchführungsort (Ort):	Pflichtfeld
Regierungsbezirk	Hierbei handelt es sich um ein Auswahlfeld
Standort(e), in der die Maßnahme durchgeführt werden soll:	Pflichtfeld
Beantragung vorzeitiger Maßnahmenbeginn ab:	
Begründung für die Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmenbeginns:	Hierbei handelt es sich um ein Auswahlfeld
Weitere Begründung:	Freitextfeld
Beantragte Zuwendung/Mittel	Die beantragten Mittel werden automatisch aus dem Finanzierungsplan ermittelt (s.u.) und hierher übertragen.
Tarifliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitstelle des Arbeitgebers	Pflichtfeld
Beantragte Vollzeitäquivalente (VZÄ) für laufende Förderperiode	Pflichtfeld
Datum der Erstellung des Excel-Finanzierungsplans:	Pflichtfeld

Finanzierungsplan (Werte in EUR)	
	Gesamt (2025)
Ausgabengliederung (Gesamtausgaben)	
davon förderfähige / maßgebliche Ausgaben	
abzgl. Einnahmen / Leistungen Dritter (ohne öff. Förderung)	
förder-/ zuwendungsfähige Gesamtausgaben	
weitere bewilligte / beantragte öffentliche Förderungen Dritter	
Eigenanteil	
Beantragte Zuwendung / Mittel	
- Aufschlüsselung der Positionen: siehe Anlagen -	
Zuwendungen für Personalausgaben	
Zuwendungen für Sachausgaben (Ausstattung / Betrieb von Büroarbeitsplätzen bzw. für Arbeitsräume)	
Zuwendungen für Honorarausgaben (insbesondere für externe Übersetzungs-,	

Sprachmittler- und Dolmetschertätigkeiten)	
Beantragte Gesamtfördersumme	

Weitere Angaben

Begründung zur Notwendigkeit der Maßnahme / Beschreibung der Maßnahme:

Pflichtfeld / Freitextfeld

Begründung zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung:

Pflichtfeld / Freitextfeld

Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

Pflichtfeld / Freitextfeld

Erklärungen

Die / der Antragstellende erklärt, dass

- ☐ mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten, oder
- ☐ mit der Maßnahme vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen wird und der vorzeitige Maßnahmenbeginn hiermit entsprechend beantragt wird oder
- ☐ die Maßnahme vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides fortgesetzt wird und die Fortsetzung der Maßnahme hiermit entsprechend beantragt wird.

Die / der Antragstellende erklärt, dass

- ☐ ihr / ihm die Hinweise zum Datenschutz bekannt sind, und
- sie / er zum ganzen oder teilweisen Vorsteuerabzug
☐ nicht berechtigt ist
☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung berücksichtigt hat (Preise ohne abzugsfähige Umsatzsteuer),

sie / er Leistungen Dritter **Auswahlfeld**

- ☐ ihr / ihm bewusst ist, dass die im Rahmen von beantragten Maßnahmen erbrachten Tätigkeiten politisch, weltanschaulich und religiös neutral zu verrichten sind,
- ☐ die in diesem Antrag einschließlich der in den Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

- ☐ die Zuwendung nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt wird, sie/er keine terroristische Vereinigung ist und sie/er keine terroristische Vereinigung unterstützt.
- ☐ sie / er und ihre / seine Maßnahmen die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes von Nordrhein-Westfalen förderliche Arbeit bieten.
- ☐ ihr / ihm bewusst ist, dass der Einsatz von Beratungspersonal, das rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 184j, 225, 232 bis 233a, 234, 235 und 236 des StGB verurteilt worden ist, nicht zulässig ist,
- ☐ ihr/ ihm bewusst ist, dass die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Rahmen der beantragten Maßnahme unentgeltlich zu erbringen ist,
- ☐ sie / er bereit ist, ein vom Zuwendungsgeber vorgegebenes elektronisches Controllingprogramm zu nutzen und die erfassten Daten an einem vorgegebenen IT-Dienstleister zur Verarbeitung zu übermitteln,
- ☐ Im Falle einer Förderung stimme ich der Weitergabe und Veröffentlichung meiner auf SharePoint eingestellten Förderdaten (Beratungssäule, Träger, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail und Öffnungszeiten) durch das Ministerium und die Bewilligungsbehörde zu.

Subventionserhebliche Erklärungen

Hinweis auf § 264 StGB:

Mir ist bekannt, dass

- sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen/Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.
- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
 - einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind,
 - einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf

eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende, - den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder - in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche. - es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.
--

Erklärung zur Weitergabe von Förderdaten

Im Falle einer Förderung stimme ich der Weitergabe und Veröffentlichung meiner Förderdaten (Bezeichnung des Förderprojektes, Vorname und Name der/des Geförderten, Förderhöhe) durch die Bewilligungsbehörde oder das zuständige Ministerium zu. ²

Anlagen zum Finanzierungsplan

Ausgabengliederung (Gesamtausgaben)

Art der Ausgaben	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/ maßgeblich (in EUR)

Einnahmen / Leistungen Dritter

Art der Einnahmen / Leistungen Dritter	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/ maßgeblich (in EUR)

Bewilligte öffentliche Förderungen Dritter

Zuwendungsgeber: in	Aktenzeichen	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/ maßgeblich (in EUR)

Beantragte öffentliche Förderungen Dritter

Zuwendungsgeber: in	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/

² Die Zustimmung ist keine Fördervoraussetzung.

			maßgeblich (in EUR)

Eigenanteil			
Zuwendungsgeber: in	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/ maßgeblich (in EUR)

Dokumentenupload/Anlagen		
Datei-Bezeichnung	Datei-Name	Datei-Größe
- ☐ Finanzierungsplan Sozialberatung oder - ☐ Finanzierungsplan Ausreise- und Perspektivberatung oder - ☐ Finanzierungsplan Asylverfahrensberatung UmG oder - ☐ Finanzierungsplan PSZ oder - ☐ Finanzierungsplan Überregionale Fachbegleitung - ☐ Vordruck „Weitere Angaben“ - ☐ Nachweis über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit gemäß § 52 Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. - ☐ Nachweise über die fachliche Qualifikation von Personal, dass im Rahmen der Maßnahme eingesetzt werden soll. - ☐ Sofern der Antragsteller ein eingetragener Verein ist, eine Kopie des aktuellen Vereinsregistrauszugs und der aktuell geltenden Satzung.		

- ☐ Sofern der Antragsteller eine gemeinnützige Kapitalgesellschaft z.B. in Form einer GmbH ist, eine Kopie des aktuellen Handelsregistrauszugs.		
--	--	--

Jede Maßnahme muss mit einem separaten Antrag einzeln beantragt werden. Es ist nicht ausreichend, wenn in einem Antrag mehrere Maßnahmen beantragt werden.

Elektronische Signatur